

**SPD bittet Eltern bei Kindergartenbeiträgen verstärkt zur Kasse**

Generalsekretär Herbert Reul:

# Wir brauchen eine solide Novellierung des Kindertagesstättengesetzes

Berechnung der Elternbeiträge in NRW juristisch nicht haltbar

Die Eltern in Nordrhein-Westfalen werden sich auf höhere Kindergartenbeiträge einstellen müssen. Zum 1. Januar wird sie das Land auf Beschluß der SPD verstärkt zur Kasse bitten, um auf diese Weise ein Finanzloch von rund 225 Millionen Mark aus den Einnahmen der Elternbeiträge zu decken. Zugleich entfällt die Beitragsbefreiung für das Geschwisterkind, und weitere Einschnitte sind im Gespräch, zum Beispiel die Vergrößerung der Gruppen. CDU-Generalsekretär Herbert Reul hingegen lehnte solche voreiligen Schnellschüsse ab und forderte eine Expertenanhörung im Januar, auf der „Paragraph für Paragraph auf den Prüfstand muß“.

„Was wir brauchen, ist eine solide Novellierung des Gesetzes. Die Fachleute, Vertreter von Trägern, Kommunen, Eltern usw., sollen als erstes ihre Kritik vorbringen. Anschließend wird die CDU ihre Vorstellungen auf den Tisch legen, die die Belange aller Beteiligten ausreichend berücksichtigt. Wenn die falschen politischen Entscheidungen der SPD Löcher in die öffentlichen Kassen reißen, darf die politische Antwort nicht lauten: Die Elternbeiträge werden erhöht.“

Schon früh in diesem Jahr hatte sich das Einnahmedesaster abgezeichnet. Nicht genug damit, daß das Landesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS), als es im Frühjahr 1991 die Gesetzesnovellierung vorbereitete, bei seinen Prognosen von falschen Zahlen ausgegangen war. Die Beamten unter ihrem damaligen Minister Hermann Heilmann, der inzwischen wegen der

„Drehbuch-Affäre“ im Zusammenhang mit seinen Aussagen vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zurücktreten mußte, hatten das durchschnittliche Jahreseinkommen der gesamten Bevölkerung des Landes als Ausgangspunkt genommen. Dabei hatten die Beamten aber nicht bedacht, daß in der Regel nur die 20- bis 40jährigen ihre Kinder in einen Kindergarten schicken — eine Bevölkerungsgruppe, die in der Regel weniger verdient als jene, die länger im Berufsleben stehen. Da die Kindergartenbeiträge nach Einkommen gestaffelt sind, fielen so unerwartet viele Eltern in die unteren Verdienstgruppen und entrichteten dementsprechend niedrigere bzw. bei einem Jahreseinkommen bis 24000 Mark keine Beiträge. Zugleich mußten die Beamten im Gesetzesentwurf auf Intervention der SPD-Fraktion noch Kurskorrekturen vornehmen, um „soziale Wohltaten“ mehr hervorzuheben.



Was daraus geworden ist, das verdeutlichen in diesen Wochen die Schlagzeilen. SPD-Fraktionschef Friedhelm Farthmann mußte öffentlich einräumen, daß sich „unsere Fachleute verrechnet haben“. Die von seinen Genossen erzwungenen inhaltlichen Veränderungen verschweigt er lieber. Vor falschen Einnahmeerwartungen gewarnt hatten hingegen schon frühzeitig, das heißt im Vorfeld der Beratungen über das Kindertagesstättengesetz, die Experten von Trägern und Verbänden. Doch vergeblich. Im Oktober 1991 verabschiedete der Landtag allein mit den Stimmen der SPD den Gesetzentwurf.

Jetzt, nachdem das Kind quasi in den Brunnen gefallen ist, versucht Farthmann zu retten, was noch zu retten ist — zunächst einmal auf Kosten der Eltern, die ohnehin schon zum großen Teil weit aus höhere Beiträge als vor der Gesetzesänderung hinnehmen mußten. Immerhin stieg der Höchstbeitrag zum 1. Januar 1992 von 100 auf 240 Mark.

19 Prozent der Betriebskosten eines Kindergartens sollten durch die Beiträge der Eltern finanziert werden, bedeutend mehr als nach dem alten Gesetz. Die Städte und Gemeinden aber erreichen fast nie diese Quote, manche bleiben gar unter 10 Prozent, wie die Stadt Marl an der Grenze des Ruhrgebiets zu Westfalen. Von den Mindereinnahmen müssen die Kommunen den größten Teil selbst finanzieren, den Rest soll das Land geben. Darauf wartet man in den kommunalen Verwaltungen bislang vergeblich, die Überweisungen aus Düsseldorf bleiben aus. Das kann, wie im Fall der Stadt Köln (nur 9 Prozent Deckung), in die Millionen gehen, genauer gesagt fehlen 9 Millionen Mark auf der Einnahmeseite, die

vorfianziert werden müssen. Für den familienpolitischen Sprecher der CDU im Landtag, Antonius Rösenberg, ist dieses Verhalten des Landes ein Skandal. Er fordert noch für dieses Jahr Abschlagszahlungen für die Kommunen und für den Haushalt 1993 die Bereitstellung von Ausgleichsmitteln. „Ministerpräsident Rau muß dafür sorgen, daß die gesetzlichen Vorgaben des Kindertagesstättengesetzes auch eingehalten werden“. Es sei unfaßbar und mit dem Gesetz nicht vereinbar, daß die Landesregierung die Städte und Kreise auf dem riesigen Finanzloch sitzen lasse.

Seine Kritik richtet sich auch gegen den Modus, das Erziehungsgeld auf das Jahreseinkommen anzurechnen, während das niedrigere Kindergeld unberücksichtigt bleibt. Das hat für viele Eltern zur Folge, daß sie durch das wesentlich höhere Erziehungsgeld in eine obere Beitragsklasse eingestuft werden und dementsprechend monatlich auch mehr für die Betreuung des Kindes entrichten müssen. „Nach einem Rechtsgutachten, das die Kommunalen Spitzenverbände in Auftrag gegeben haben, ist diese Anrechnung mit dem Bundeserziehungsgeldgesetz nicht vereinbar. Anrechenbar ist aber das Kindergeld. Jetzt haben wir die unmögliche Situation, daß in der einen Gemeinde das Kinder-, aber nicht das Erziehungsgeld angerechnet wird, in der Nachbarkommune ist es genau umgekehrt. Somit gibt es in NRW kein einheitliches Verfahren zur Berechnung der Elternbeiträge.“ Ihr juristisch nicht haltbares Vorgehen in dieser Frage hat inzwischen auch die Landesregierung eingesehen. Sie legte nachträglich fest, künftig das Kindergeld und nicht das Erziehungsgeld zu berücksichtigen.



An den  
 Ministerpräsidenten des  
 Landes Nordrhein-Westfalen  
 Herrn Dr. h. c. Johannes Rau  
 Haroldstraße 2  
 4000 Düsseldorf 1

17. November 1992

*Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,*

*am 20. Februar 1992 haben wir uns auf meine Initiative hin im Landtag zu einem parteiübergreifenden Spitzengespräch zusammengefunden, um über mit der Reform der Kommunalverfassung zusammenhängende Fragen zu diskutieren.*

*Wir sind seinerzeit so verblieben, daß vor einer Befassung des Kabinetts mit Lösungsvorschlägen des Innenministers ein erneutes Spitzengespräch stattfinden sollte. Sie wollten hierzu einladen.*

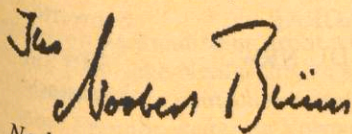
*Ich möchte diese Absprache in Erinnerung rufen, denn mir ist sehr daran gelegen, daß wir hier in Nordrhein-Westfalen zu echten Fortschritten kommen. Eine grundlegende Reform der Kommunalverfassung und die Einführung der Urwahl sind entscheidende Voraussetzungen für eine Vitalisierung unserer Demokratie.*

*Gerade deshalb vertrete ich nach wie vor die Auffassung, daß es trotz der unterschiedlichen Beschlußlagen auf Fraktions- wie Parteiebene in einem so elementaren Bereich zu einem parteiübergreifenden Konsens kommen sollte.*

*Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir mitteilen könnten, wann ein weiteres Gespräch in dieser Sache stattfinden kann und wann mit einer Kabinettsbefassung zu rechnen ist.*

*Über dieses Schreiben habe ich die Fraktionsvorsitzenden Farthmann, Rohde, Linszen, den Landesvorsitzenden Möllemann, den Parlamentarischen Geschäftsführer Vesper und die Sprecher des Landesvorstandes der Grünen unterrichtet.*

Mit freundlichen Grüßen



Norbert Blüm



## NRW-Senioren-Union im Aufwind

Im großen Sitzungssaal des Konrad-Adenauer-Hauses in Bonn führte die NRW-Senioren-Union ihren fünften Landesdelegiertentag durch.

Alo Hauser, Vorsitzender des Landesverbandes seit der Gründung vor vier Jahren, erhielt bei seiner Wiederwahl mit über 96 Prozent der Delegiertenstimmen einen überwältigenden Vertrauensbeweis. Mit ca. 16 000 Mitgliedern ist die nordrhein-westfälische Senioren-Union der weitaus stärkste Landesverband im Bundesgebiet.

Gleich zwei Generalsekretäre der CDU waren unter den Gästen: Peter Hintze für die Bundespartei und Herbert Reul für die Landes-CDU. Beide bestätigten der Senioren-Union in Nordrhein-Westfalen, in den Aufbaujahren eine anerkennenswerte Arbeit geleistet zu haben.

Im Mittelpunkt der Delegiertentagung standen die Sachthemen „Soziale Gerechtigkeit“ (Referent Hermann-Josef Arentz, MdL) und das „Europäische Jahr 1993

der älteren Menschen“ (Referent Prof. Dr. Günter Rinsche, MdEP).

Bei den zur Behandlung anstehenden Anträgen konzentrierte sich die Diskussion auf das Thema „Innere Sicherheit/Alltagskriminalität“ aus der Sicht der älteren Generation.

### *Wußten Sie eigentlich...*

*... wie Deutschlands Wirtschaftselite die Bundesregierung im allgemeinen und die Ressortminister im besonderen bewertet? Im Auftrag der WIRTSCHAFTSWOCHEN hat das Sozialforschungsinstitut FORSA dazu 500 Manager in Ost- und Westdeutschland befragt. Ergebnis: 8 Minister sind nach Meinung der Wirtschaftslenker dringend auszuwechseln, 10 sollten bleiben. 6 Minister des jetzigen Bundeskabinetts sind aus Unternehmersicht gar unstrittige Profis. An der Spitze dieser Hit-Liste, die die Ressortchefs Kinkel, Seiters, Rühle, Töpfer und Riesenhuber nennt, steht — wer hätte es gedacht — der Vorsitzende der NRW-CDU, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm.*

## Termine CDU-Landesverband

3. 12. 1992	19.30 Uhr	Norbert Blüm zu Gast bei der Verleihung „Marketing-Preis-Kevelaer“ im Konzert- und Bühnenhaus der Stadt Kevelaer	Kevelaer
3. 12. 1992		Landesvorstandssitzung WIV	Gelsenkirchen
9. 12. 1992		Landesvorstandssitzung MIT	Krefeld
15. 12. 1992		Landesvorstandssitzung der CDU NRW	Düsseldorf
11. 1. 1993		Landesvorstandssitzung AGRAR	Schwerte
16. 1. 1993		10. Landesparteitag der CDU NRW	Neuss
30. 1. 1993		8. Landesdelegiertentag der Frauen-Union NRW	Münster

Impressum: Erhard Hackler, Landesgeschäftsführer (verantw.); Redaktion: Andreas Heider